



## Es ist schon eine seltsame Sache mit den Damnbrüchen.

Anfang Juni bracht der Kachowka-Staudamm am Fluss Dnipro. Die Folge ist eine humanitäre und ökologische Katastrophe. Menschen verloren ihr Heim, einige auch ihr Leben. Zurück bleibt ein ausgetrockneter See, verseuchtes Land, eine sterbende Tierwelt und eine mangelnde Trinkwasserversorgung. Was mit dem größten Atomkraftwerk Europas passiert – ungewiss. Leid und Zerstörung. Die Schuldfrage – nach wie vor ungeklärt. Stattdessen aber sind gegenseitige Beschuldigungen, sowie eine Menge Theorien und Vermutungen im Umlauf.

Danach der politischen Dambruch in Sonneberg. In den Auswirkungen keinesfalls mit denen des Dambruch des Kachowka-Staudamms zu vergleichen. Erstaunlich allerdings, dass hier diese Analogie in den Medien hergestellt wird. Zumindest in der Schuldfrage gleichen sich die reflexhaften Reaktionen stark – gegenseitige Beschuldigungen, Theorien und Vermutungen – ohne an den Kern unseres tiefsitzenden Problems zu kommen.

Laut einer aktuellen repräsentativen Umfrage der Leipziger Universität ist nicht einmal jeder zweite zufrieden mit dem aktuellen Zustand der Demokratie. Rund die Hälfte der befragten Ostdeutschen befürworten eine „starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“. Viele fühlten sich zudem von der politischen Teilhabe ausgeschlossen. Fast zwei Drittel der Befragten halten es für sinnlos, sich politisch zu engagieren. Etwas mehr als drei Viertel gehen davon aus, keinen Einfluss darauf zu haben,

„was die Regierung tut“. 7,1 Prozent der Befragten zeigten ein geschlossen rechtsextremistisches Weltbild. Aber vielleicht ist diese Dambruchanalogie gar nicht so bei den Haaren herbeigezogen. Die mediale Aufregung ist groß und sehr kurz, analog zu den tragischen Ereignissen um den Kachowka-Staudamm, kommt die Empörung so schnell und heftig wie das Wasser und verschwindet auch schnell wieder. Danach übernimmt die CDU weiter, auf der Suche nach vermeintliche Mehrheiten, Stück für Stück aber beflissentlich, Positionen von Rechtsaußen und treibt unsere Gesellschaft weiter in die Hände der faschistischen Rattenfänger. Bei einer sich selbstbezeichnenden „letzten Volkspartei“ lässt das für mich nur einen Schluss zu – die bürgerliche Mitte versagt ein weiteres Mal in der Geschichte. Daneben stehen die Parteien der Ampelregierung und beteiligen sich als Steigbügelhalter, in dem sie, schielend auf die Umfragergebnisse, dieser Verschiebung in Form von Gesetzen den Weg ebnet.

Nach der Wahl in Sonneberg habe ich mich gefragt: Sollen wir da mitmachen? Sollten wir in Zukunft Kandidatinnen und Kandidaten unterstützen, die im Grunde Wegbereiter unserer negativen gesellschaftlichen Veränderung sind und perspektivisch sowieso den Extremisten unterliegen? Worin besteht der Unterschied zwischen der Kopie und dem Original?

**Fortsetzung auf Seite 2**

**Frank Dittrich**  
Leiter der AG Medien



## Fortsetzung von Seite 1

Wenn wir unsere Gesellschaft wieder nach links bewegen wollen, dürfen wir im vornherein nicht mit einem Kompromiss in die politischen Auseinandersetzungen gehen. Jede daraus resultierende Diskurs wird sich automatisch im rechten Spektrum abspielen. Wir müssen sicht- und hörbar unsere Positionen vertreten. Sollte die sächsische CDU im nächsten Jahr als einzige Möglichkeit gegen die Rechtsextremen gelten, obwohl sie genau diese reaktionäre und rechtskonservative Politik umsetzen wollen und werden, stehen uns grausame und sachpolitikfreie Jahre bevor. Klare linke Kante zeigen heißt für mich auch klare Abgrenzung zum Kurs der CDU.

## Vom Kreisvorsitzenden

### Der 2. CSD in Stollberg - eine großartige politische Veranstaltung

Warum braucht Stollberg einen CSD? Der Christopher Street Day (CSD) ist ein Fest-, Gedenk- und Demonstrationstag von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen.

Am 24. Juni 2023 fand zum 2. Mal eine solche Veranstaltung bei uns im Erzgebirge mit ca. 300 Menschen statt. Nur als Vergleich: Zur selben Zeit fand auch in München ein CSD statt, an dem 60.000 Personen teilnahmen und einige hunderttausend Zuschauerinnen und Zuschauer zu verzeichnen waren.

Warum muss sich DIE LINKE. um diese Veranstaltung kümmern? „Habt Ihr keine anderen Probleme?“, diese Frage kennen wir und sie gibt es leider auch in den eigenen Reihen. Die Antwort ist eigentlich ganz einfach: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, so steht es im Grundgesetz und in der Sächsischen Verfassung und damit ist die Frage eigentlich beantwortet. Schön wäre es, in genau so einer Gesellschaft zu leben, wo alle Menschen leben könnten wie sie es wollten. Leider ist dem nicht so!

Ein Mensch hat ein Recht auf Leben in Würde, ganz egal, ob er groß oder klein ist, ob stark oder schwach, ob intelligent oder weniger schlau. Ganz egal auch, ob er alt, krank oder hilfsbedürftig ist, ob er Deutscher oder eine Ausländerin ist. Ganz egal auch, ob lesbisch, schwul, asexuell, trans, nonbinär oder queer ist. Und niemals ist einer mehr wert, als der andere. Leider erleben zu viele auch bei uns im Erzgebirge, dass dem nicht so ist. Immer noch sind Menschen der Meinung, sie wüssten was richtig und was falsch ist für andere Menschen. Sie müssten vorgeben wie jede Einzelne zu leben hat. Sie könnten das aus einer Mehrheitsposition heraus bestimmen. Das ist falsch und bedarf eines deutlichen Widerspruches. Deswegen ist es gut und richtig so, dass es den CSD in Stollberg gibt. Das Recht auf Liebe und auf Selbstbestimmung sind keine Privilegien, sondern sollte ein universelles Menschenrecht sein. Wenn alle Rücksicht auf den anderen nehmen, klappt das Miteinander besser und wir kommen gemeinsam sehr viel besser voran. Der CSD ist für mich ein deutliches Zeichen, das Menschen aus verschiedenen Parteien, aus der Politik, der Zivilgesellschaft, Aktivistinnen und Aktivisten, zusammenarbeiten um Vorurteile und Diskriminierung zu bekämpfen. Natürlich muss da eine Partei wie DIE LINKE. dabei sein. Es geht um Akzeptanz innerhalb der Gesellschaft und um Solidarität mit den Menschen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung, ihres Aussehens, ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe oder auch wegen des Glaubens ausgegrenzt, verfolgt oder sogar körperlicher Gewalt ausgesetzt sind.

Danke insbesondere an die jungen Mitglieder aus unserem Kreisverband, die den 2. CSD in Stollberg organisiert haben. Ich denke, es muss unbedingt eine 3. Auflage 2024 geben. Denn es bleibt noch viel für eine queere Gesellschaft zu tun.

### Rico Gebhardt

Kreisvorsitzender DIE LINKE Erzgebirge



### Angriffe auf Geflüchtete sind Folge der rassistisch geführten Asyldebatte

„Die Zahl der rassistischen Übergriffe ist stark angestiegen: Im ersten Quartal 2023 gab es bereits 45 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und 408 Straftaten gegen Geflüchtete außerhalb von Unterkünften. Der Anstieg ist höchst besorgniserregend, aber leider keine Überraschung. Seit Wochen erleben wir dramatische verbale Angriffe auf das Recht auf Asyl, Rufe nach verschärfter Abschottung und eine unerträgliche ‚Das Boot ist voll‘-Rhetorik. Daran beteiligen sich nicht nur Politiker:innen von AfD und Union, sondern auch Vertreter:innen von SPD und Grünen. Sie bereiten den Boden für rassistische Mobilisierungen auf der Straße und Gewalttaten gegen Geflüchtete“, erklärt fluchtpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Clara Bünger, zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zu Übergriffen auf Geflüchtete im ersten Quartal 2023. Bünger weiter: „Was es dringend bräuchte, wäre ein klares Signal gegen diese fatale Rechtsentwicklung und ein Bekenntnis zum Recht auf Asyl. Allerdings hat die Bundesregierung mit der jüngst erfolgten Zustimmung zur Reform des europäischen Asylsystems genau das Gegenteil gemacht. Sie hat gezeigt, dass sie bereit ist, die Menschenrechte von Schutzsuchenden zu opfern, wenn es einem vermeintlichen europäischen Burgfrieden dient.“



Pressemitteilung von  
**Clara Bünger**  
Mitglied des Bundestags

### Menschenrechte verteidigen – Nein zur Reform des europäischen Asylsystems!

„Die Reformpläne für das Europäische Asylsystem sind von historischer Bedeutung. Es geht um nicht weniger als die Frage, ob Geflüchtete künftig noch Zugang zu einem rechtstaatlichen Asylverfahren in der EU haben werden, oder ob die EU die Entrechtung von Schutzsuchenden noch weiter vorantreibt und die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz an Drittstaaten auslagert. Jetzt ist der Zeitpunkt, überfraktionell dafür zu kämpfen, dass diese unmenschliche Politik, die massive Menschenrechtsverletzung bedeuten würde, sich nicht durchsetzt. Ich appelliere an das Gewissen der Abgeordneten aller demokratischen Fraktionen, dem Antrag ‚Genfer Flüchtlingskonvention verteidigen – Asylrecht in der Europäischen Union sichern‘ zuzustimmen und ein starkes Zeichen für die Menschenrechte und die Rechtstaatlichkeit in Europa zu setzen“, erklärt die fluchtpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Clara Bünger, zur bevorstehenden namentlichen Abstimmung über einen Antrag der Linksfraktion zum EU-Asylrecht unter TOP 25 in der 109. Sitzung des 20. Bundestags am 15. Juni 2023. Bünger weiter: „Das kann nur der Anfang sein. Ich rufe insbesondere die Abgeordneten der SPD und der Grünen auf, sich in ihren Parteien und Fraktionen dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung eine Vollbremsung einlegt und die Zustimmung zu Grenzverfahren unter Haftbedingungen, der Ausweitung der Drittstaatenregelung und dem Festhalten am ungerechten Dublin-System zurückzieht. Die Reformpläne der Kommission sind ein historischer Dammbbruch, den es unbedingt zu verhindern gilt. Stattdessen brauchen wir eine Vision des Flüchtlingsschutzes, die einen menschenrechtbasierten Schutz innerhalb der EU ermöglicht.“ (...) Die Debatte findet von 10:20 bis 11:40 statt, anschließend folgt eine namentliche Abstimmung zu dem genannten Antrag.

Pressemitteilung von  
**Clara Bünger**  
Mitglied des Bundestags



## Historisches Versagen der EU und der Ampelregierung

Abschied vom Menschenrecht  
Historisches Versagen der EU und der Ampelregierung

Das Prinzip der Abschottung und Entrechtung von Schutzsuchenden hat sich am Ende durchgesetzt. Dass SPD-Innenministerin Faeser noch stolz darauf ist, die restriktiven Ideen ihres CSU-Vorgängers Horst Seehofer umzusetzen, ist erschreckend. Auch die Rechtfertigungsversuche seitens der Grünen sind unerträglich: Es ist keine Realpolitik zur Verhinderung von Schlimmerem, wenn das Schlimmere aktiv mitgetragen wird. Die Ampel und die EU haben sich mit dem gestrigen Beschluss von einer an den Menschenrechten orientierten Asylpolitik verabschiedet. Das war ein schwarzer Tag für das Asylrecht und vor allem für alle Schutzsuchenden weltweit.

### Institutionelle Verrohung

Der Wettbewerb der Schäbigkeit zur Abwehr unerwünschter Geflüchteter hat einen neuen Tiefpunkt erreicht: Mit vielen Menschen, die an den Grenzen der EU um Schutz nachsuchen, wird künftig kurzer Prozess gemacht. Sie werden für Monate weggesperrt, ein faires Asylverfahren können sie unter diesen Umständen nicht mehr erwarten. Dass nicht einmal Kinder hiervon verschont bleiben sollen, zeigt das Ausmaß der institutionellen Verrohung der EU im Umgang mit Geflüchteten.

Dass Familien mit Kindern aus Syrien oder Afghanistan von den Schnellverfahren an der Grenze nicht betroffen seien, wie die Ministerinnen Faeser und Baerbock zur Rechtfertigung vortragen, ist eine Täuschung der Öffentlichkeit. Auch sie können künftig leichter auf vermeintlich sichere Drittstaaten verwiesen werden, ohne dass ihr Asylgesuch auch nur eines Blickes gewürdigt wird. Nicht einmal das ‚Modell Ruanda‘ ist vom Tisch, hier gab es in letzter Minute noch gefährliche Änderungen am Rechtstext.“ Koalitionsvertrag scheinbar nichtig  
Was jetzt auf den Weg gebracht wurde, widerspricht nicht zuletzt den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag der Ampel zu besseren Standards in Asylverfahren und zur Beendigung des Leids an den EU-Außengrenzen. Mit den geplanten Grenzverfahren wird das Leid an den Außengrenzen geradezu verrechtlicht. Auch von einer solidarischen Verteilungsregelung in der EU, die auf die berechtigten Wünsche und Interessen der Geflüchteten Rücksicht nimmt, kann keine Rede sein. Nur eine solche faire Regelung würde nachhaltig verhindern, dass Geflüchtete – meist gezwungenermaßen – in andere Länder weiterwandern müssen.

### Clara Bünger

Mitglied des Bundestags



## Denkmalförderung für Kreativzentrum Schneeberg bewilligt

Die Nutzung des Härtelhauses in Schneeberg als Kreativzentrum rückt in greifbare Nähe:

Am 21.06.2023 hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die Förderung von zahlreichen Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Denkmalschutzsonderprogramms XII aus dem Kulturretat des Bundes beschlossen, wonach auch einem von der Stadt Schneeberg beantragten Sanierungsvorhaben Bundesmittel bewilligt werden.

175.000 Euro sollen für die Restaurierung der historischen Stuckdecken im künftigen Kreativzentrum Fürstenplatz 2 zur Verfügung stehen. Damit kommt die Stadt Schneeberg dem Ziel, einen neuen Ort der Bildung und Begegnung im Stadtzentrum zu schaffen, ein erhebliches Stück näher.

Das Gesamtvorhaben wurde bereits 2022 begonnen und hat für die Stadt Schneeberg in vielfacher Hinsicht große Bedeutung.

„Wir freuen uns, dass der Bund damit deutlich zum Ausdruck bringt, wie wichtig ihm die Entwicklung derartiger innovativer Projekte und Vorhaben, auch unter Beachtung der Belange des Denkmalschutzes, ist. Zudem ist das ein klares Signal zur Stärkung des ländlichen Raums. Jetzt hoffen wir zusätzlich auf Unterstützung vom Landesamt für Denkmalpflege“, so Bürgermeister Ingo Seifert. In einem Unterstützungsschreiben an Kulturstaatsministerin Claudia Roth bat die Wahlkreisabgeordnete der LINKEN und Mitglied des Bundestages Clara Bünger um Hilfe: „Das Projekt hat einen hohen Stellenwert für die Menschen im Erzgebirge. Mit einer Finanzierung signalisieren Sie der engagierten Zivilgesellschaft, dass Ideen Früchte tragen und es nachhaltige Perspektiven für die Region gibt.“ Bünger dazu weiter: „Attraktive Kulturangebote sowie Orte der demokratischen Partizipation zu schaffen, sehe ich als außerordentlich wichtig für die strukturschwache Region des Erzgebirges an – auch um einem Erstarken der Neuen Rechten entgegenzutreten.“

Das Nutzungskonzept sieht vor, Räume des Hauses der ortsansässigen Kunsthochschule für die Forschung zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus sollen Beratungen zur Berufsorientierung angeboten werden. Der Kreisjugendring und Schneeberger Vereine werden die Räumlichkeiten des Gebäudes ebenfalls nutzen können. Ausstellungen, ein Coworking-Space und Makerspace und eine Bibliothek der Dinge sind fester Baustein der Planungen. Nicht zuletzt wird das Kreativzentrum in die Kulturhauptstadt Chemnitz 2025 als Bestandteil des Purple Path eingebunden. Auch die geplante Integration des im Neben- gebäude entstehenden Weltkulturerbezentrums über einen barrierefreien Zugang runden das Konzept auf eine bereichsübergreifende und inklusive Weise ab.

### Clara Bünger

Mitglied des Bundestages





## Aus dem Landtag

### Die Herausforderung in der Arbeitswelt ist enorm. Die Linksfraktion in Sachsen hat dazu gute Vorschläge.

Der Fach- und Arbeitskräftemangel trifft Sachsen hart: Der Freistaat hat viele Einwohnerinnen und Einwohner, vor allem junge Frauen, durch Abwanderung in den letzten Jahrzehnten verloren. Der Sozialbericht der sächsischen Staatsregierung prognostiziert, dass bis 2035 jährlich 20.000 zusätzliche Arbeitskräfte notwendig wären. Das Problem wird nicht behoben, indem man Menschen noch länger arbeiten lässt, wie es die CDU in Sachsen oder der Sächsische Wirtschaftsverband fordert. Wer Arbeitskräfte will, muss Arbeit gerecht bezahlen und gute Bedingungen bieten! Die Linksfraktion im Sächsischen Landtag will das Potential derjenigen, die hier leben, sowie das Potential derjenigen, die zu uns kommen, ausschöpfen. Dazu haben wir eine „Große Anfrage“ an die Staatsregierung gestellt, mit der wir das Thema in knapp 500 Fragen beleuchten. Die Ministerien müssen bis Mitte September antworten. Wir sind gespannt. Jedoch haben wir als Fraktion auch Vorschläge, wie wir mehr Arbeits- und Fachkräfte gewinnen können. Um Beschäftigte zu gewinnen, sind bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne entscheidend. Der Staat muss vorangehen, indem er öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergibt, die ihre Beschäftigten ordentlich bezahlen. Der Staat ist der größte Auftraggeber der Wirtschaft – in Sachsen betrifft das ein Volumen von über einer Milliarde Euro jährlich! Mit seinen Mitteln als Arbeitgeber muss der Staat außerdem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter fördern.

Wir können niemandem den beruflichen Weg vorschreiben. Es geht nur über praktische und zielgruppengerechte Berufsorientierung an allen Schularten. Darin muss der Staat die Unternehmen unterstützen, vor allem aber die Schul- und Hochschulbildung modernisieren und Wertschätzung für Mangelberufe ausdrücken. Ausbildungen, die nicht von Anfang an ein existenzsicheres Einkommen bieten, haben es künftig noch schwerer. Die duale Ausbildung ist ein Schlüsselfaktor, weil sie theoretisches Wissen und praktische Berufsorientierung verzahnen kann.

Seite 6/Ausgabe 184



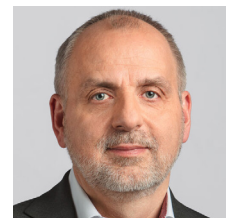
Hier muss die Staatsregierung mit den Handwerkskammern mehr tun um die Ausbildung bekannter und attraktiver zu machen!

Es muss mehr getan werden, um zu verhindern, dass junge Menschen Schule, Ausbildung oder Studium abbrechen. Wir brauchen mehr Praxisorientierung, zuverlässige Kinderbetreuung und Unterstützung für berufliche Weiterbildung. Es müssen Vorurteile abgebaut werden, dass eine berufliche Neuorientierung verwerflich sei – ob sie nun während eines Studiums oder mit Mitte 50 erfolgt. Die sich rasant verändernde Bedingungen in vielen Berufen, wird es erforderlich machen immer auch mal wieder neu zu Beginnen. Schon deshalb muss der Staat Weiterbildung stärker fördern, etwa mit einem Bildungsfreistellungsgesetz.

Heute stehen mehr berufliche Wege offen, weil Nachwuchs fehlt. Umso wichtiger sind attraktive Rahmenbedingungen wie eine gute Kinderbetreuung, ein gutes Mobilitätsangebot in allen Teilen des Freistaates Sachsen und Teilzeitrechte. Wir als LINKE kämpfen auch für den Erhalt von Kultur- und Freizeitangeboten, also sogenannte weiche Standortfaktoren. Die Digitalisierung muss besser und schneller genutzt werden, um Menschen von Routinearbeit zu entlasten und Zeit für kreative, anspruchsvolle Tätigkeiten zu schaffen. Wo schlecht bezahlte Tätigkeiten automatisiert werden, werden Arbeitskräfte verfügbar. Sie müssen nötigenfalls qualifiziert werden. Arbeitsverbote für zugewanderte Menschen müssen weg. Die Regierung muss denjenigen deutlich widersprechen, die unser Land abschotten wollen – denn wer so handelt, wirtschaftet Sachsen herunter. Außerhalb Sachsens wird sehr wohl wahrgenommen, welche Lebensbedingungen und welcher Zeitgeist hier herrschen!

#### Rico Gebhardt

Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Sächsischen Landtag



### Naturschutzgroßprojekt im Erzgebirgskreis

Endlich war es soweit. Am 12. Juni 2023 fand die Auftaktveranstaltung für das Naturschutzgroßprojekt „Bergwiesen im Erzgebirgskreis“ statt.

Im liebevoll geschmückten Saal vom Satzunger „Erbgericht“ wurden die erforderlichen Reden gehalten und Fördermittelbescheide übergeben. 13 Jahre wird die Förderperiode dauern. Eine Chance für die Natur und die eingebundenen Firmen und Einzelpersonen sowie Kommunen (Marienberg, Sehmatal und Crottendorf). Die anschließende „Objektbegehung“ verdeutlichte die vielen Aufgaben, die zu bewältigen sind, um vorhandene typische Fauna und Flora dauerhaft zu erhalten und eventuell verkümmerte auch wieder aufzubauen. Bei angenehmen Wetter hatten die Anwesenden eine spürbare Aufbruchstimmung.

Am 25.09.2019 fasste der Kreistag den erforderlichen Auftaktbeschluss (dem ging eine Machbarkeitsstudie voraus), den Weg des Antragsmarathons zu gehen. Letztlich ging es darum aufgenommen zu werden in das Bundesprogramm „chance.natur“.

Die Mitglieder der Linken Kreistagsfraktion haben sich von Beginn an konsequent für das Vorhaben ausgesprochen. Deshalb war der Auftakt in Satzungen auch für unser Umweltengagement ein guter Tag.

Neben dem reinen Umweltanliegen ist dieses Projekt natürlich eine einzigartige Verbindung mit der montanen Kulturlandschaft und damit im Bezug zu sehen mit dem UNESCO-Welterbe Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří.

Ich kann nur raten, den Umweltgedanken verinnerlichen und danach leben.

### Bericht aus dem Kreisvorstand

Der Kreisvorstand tagte am 12.06.23 planmäßig nicht in einer Videokonferenz. Ein Schwerpunkt war die Verständigung zum Parteivorstandsbeschluss vom 10.06. „Unserer Verantwortung gerecht werden: DIE LINKE als plurale sozialistische Partei.“

Mehrheitlich verständigten wir uns, dass seitens des Kreisvorstandes weder ein Brief an den Parteivorstand gesendet wird noch Presseerklärungen abgegeben werden.

Desweiteren beschäftigte sich der Kreisvorstand mit den verschiedensten Aktivitäten in den Regionen, der Kreistagsfraktion und der Basisgruppe Jugend. Letztere berichtete detailliert über den Vorbereitungsstand des CSD am 24.06.23 in Stollberg.

Umfassend wurden die Aktivitäten der AG Asyl/ Soziales ausgewertet; der nächste Termin ist der 14.07.23.

Am 28.10.23 findet die diesjährige Gesamtmitgliederversammlung statt. Mit Wahl des Kreisvorstandes (einschließlich Kreisvorsitzende/m), der Arbeitsgremien, der Delegierten zum Bundesparteitag und Vorbereitung der Kommunalwahlen steht uns wieder ein Wahlmarathon bevor. Und wir wollen unserer Clara Bünger mehr Raum geben, als nur einen kurzen Redebeitrag. DIE LINKE unterstützt die Unterschriftensammlung für das Bildungsfreistellungsgesetz, Start ist der 25.08.23.

Noch ein Nachtrag von der Autorin :  
Bertolt Brecht : Wer aber ist die Partei ?  
Manchmal tut so ein Gedicht richtig gut!

#### Dr. Barbara Drechsel

Umweltpolitische Sprecherin der Kreistagsfraktion und Mitglied des Kreisvorstandes



Am 24.06. fand in Stollberg der zweite Christopher Street Day statt, welcher von unserer Linksjugend geplant und gemeinsam mit weiteren Parteien und Verbänden abgehalten wurde.

Der Tag begann für uns ab um 11 im Pionierpark, hier trafen wir uns alle und machten einen groben Überblick über den Tagesablauf.

Ab 12 Uhr haben wir begonnen, die Stände mit Infomaterial aufzubauen und den Pionierpark mit Regenbogenfahnen zu dekorieren. Dies ging schneller als erwartet und wir waren nach einer halben Stunde schon so gut wie fertig. Parallel dazu wurde die Musiktechnik an unserem Lautsprecherfahrzeug getestet.

Ab 13 Uhr machten wir uns auf den Weg zum Schillerplatz, dort war der Start unserer Demonstration.

Als wir uns dem Schillerplatz näherten, sahen wir bereits ein kleines Flaggenmeer und viele queere Menschen, zudem war echt viel Polizeischutz vor Ort.

Während wir den Demowagen schmückten, verging die Zeit wie im Fluge und es war schnell 14 Uhr, das hieß für uns, die Demo offiziell zu eröffnen, zu diesem Zeitpunkt waren wir bereits 250 Menschen auf dem Schillerplatz.

14:15 Uhr startete dann eine kraftvolle, laute Demonstration, welche sich durch die Stadt bewegte. Mit Parolen wie zum Beispiel „CSD statt AFD“ oder „We are here, we are queer“ sorgten wir in Stollberg für viel aufsehen und wir wurden gut wahrgenommen.

Die Menge war gut gelaunt und die überwiegend jungen Menschen ließen sich auch nicht durch „böartige“ Blicke von Außenstehenden einschüchtern.

viele Menschen ins Kleine Stollberg gefunden haben. Es wird nächstes Jahr auf jeden Fall einen weiteren CSD geben.

Gegen 15 Uhr kam die Demonstration am Marktplatz an, dort hielten Vereine und Parteien Redebeiträge um auf die Probleme und Gefahren queere Menschen aufmerksam zu machen.

Zeitgleich gab es einen medizinischen Notfall, welcher dank unseres Notfallsanitäters direkt Erste Hilfe bekam. Als der RTW eintraf, begab sich der Demozug wieder in Bewegung und zwei Menschen blieben bei dem Patienten (diesem ging es später wieder gut und er konnte wieder am Geschehen teilhaben).

Kurz nach 16 Uhr kam die Demonstration dann im Pionierpark an und verteilte sich dort an den verschiedenen Infoständen, zudem gab es einen Redebeitrag der Gleichstellungsbeauftragten des Erzgebirgskreises, diese freute sich sehr über die bunte Menge an Menschen.

Für den Erhalt der guten Stimmung sorgte dann bis 18 Uhr noch DJane Grinchi mit einer guten Musik mix.

Unser Fazit: es war eine wirklich sehr schöne Demo und es hat uns sehr gefreut, dass so viele Menschen ins Kleine Stollberg gefunden haben. Es wird nächstes Jahr auf jeden Fall einen weiteren CSD geben.

**Leon Ahlgrimm**

für die Linksjugend Erzgebirge





## Der sächsische Weg

Vor inzwischen vier Jahren wurden wir zur ersten Doppelspitze in unserem Landesverband gewählt - nach einer heftigen Wahlniederlage der Landespartei. Von Anfang an war uns klar, dass DIE LINKE. Sachsen nur dann dauerhaft von Bedeutung sein wird, wenn wir es schaffen, als geschlossen handelnde Interessenvertretung der arbeitenden Menschen wahrgenommen zu werden. Dies selbstverständlich immer im Zusammenhang und zusammengedacht mit so vielen weiteren Fragen, die wir alle aus vielen Grundlagenpapieren zur Genüge kennen. Deshalb hatten wir uns entschlossen, unseren Genossinnen und Genossen einen Weg vorzuschlagen, der sich merklich unterscheidet von der Wahrnehmung unserer Partei auf Bundesebene. Im Kern besteht dieser „sächsische Weg“ darin, das uns allen gemeinsame zu betonen und deutlich in den Vordergrund zu stellen. Es ist für jede Partei wertvoll, Geschlossenheit in der öffentlichen Wahrnehmung zu zeigen. Aber natürlich ist sie kein Selbstzweck und sie darf weder erzwungen noch inhaltsleer sein. Der Kern linker Politik ist immer die soziale Frage - und zwar deutlich über das wichtige Themenfeld der Sozialpolitik hinaus. Die soziale Frage ist letztendlich die Klassenfrage, linke Politik dementsprechend Klassenpolitik. Gerade hinsichtlich des existenziell wichtigen Problems des Klimawandels sind wir daher der Auffassung, dass linke Politik einen höheren Anspruch haben muß, als „nur“ soziales Korrektiv zu sein. Deshalb entwickeln wir als unsere sozialistische Antwort auf die Klimafrage unser Konzept linker Industriepolitik. Diese wendet sich der zentralen Frage der Art und Weise der Produktion der Gegenwart zu: Wie können wir weiter gesellschaftlichen Reichtum produzieren, ohne diese Welt für die, die nach uns kommen, dauerhaft zu zerstören? Es liegt auf der Hand, dass damit ein breites Feld von Aufgaben aufgeworfen ist. Vom Ressourcenverbrauch über die Energiegewinnung bis hin zum Verkehr wird deutlich, wie tiefgreifend der Wandel sein wird. Wir sind uns sicher, dass diese Veränderungen keineswegs durch „den Markt“ bewältigt werden können.

Wir brauchen erhebliche staatliche Bemühungen in allen Bereichen, wir brauchen die Kompetenz und die Beteiligung der vielen fähigen Menschen, die wissen, was zu tun ist. Damit steht natürlich die Eigentumsfrage auf der Tagesordnung - und zwar nicht theoretisch-analytisch, sondern unmittelbar. Wenn die Gesellschaft sich zwingend beteiligen muß an der Gestaltung des Wirtschaftens, dann ist es nicht einzusehen, dass die Profite weiterhin in unermeßlicher Höhe von einigen wenigen eingestrichen werden. Die soziale Frage ist in den vor uns liegenden Jahren nicht mehr als nachsorgende Sozialpolitik sinnvoll denkbar, sondern sie muß bereits im primären Bereich, im Bereich der Produktion beantwortet werden. Gute Löhne, die ein menschengerechtes Leben ermöglichen, sind dabei nur ein Faktor. Linke Industriepolitik betrifft jedoch nicht nur den Bereich der materiellen Produktion, sondern selbstverständlich auch den Sektor, der gemeinhin als Dienstleistung gilt. Ein herausragendes Beispiel dafür ist der Bereich von Gesundheit und Pflege. Und hier geht es ganz klar um Wachstum, und zwar nicht der Profite, sondern der für alle gleichermaßen nötigen Leistungen. Wachstum in diesem Bereich ist im Übrigen weder ressourcenverschlingend noch überflüssig - denn ein Leben in Menschenwürde bedarf insbesondere im Alter oder im Krankheitsfall der Solidarität der Gesellschaft. Mit diesen wenigen Beispielen zeigen wir, dass unser „sächsischer Weg“ bereits jetzt die Substanz dafür hat, Geschlossenheit auf einer guten Grundlage herzustellen. Und das sich damit linke Politik sehr wohl auf der Straße sehen lassen kann. Denn darum geht es: Politik im Interesse der Vielen, Politik für ein Leben in Menschenwürde für alle.



**Stefan Hartmann**



**Susanne Schaper**

Landesvorsitzende DIE LINKE Sachsen

### nd.Genossenschaft funkt SOS

Die nd.Genossenschaft, von der die linke Tageszeitung „nd.DerTag“ und die Wochenendausgabe „nd.DieWoche“ herausgegeben werden, hat offen gelegt, dass sie sich in großer finanzieller Schwierigkeit befindet. Dem für 2022 erwarteten Minus von 300 000 Euro steht ein Verlust von 600 000 gegenüber.

Für die erst im Sommer 2021 gegründete und mit Jahresbeginn 2022 gestartete Genossenschaft ist das ein schwerer Rückschlag und eine große Gefahr für die Existenz der einzigen überregionalen linken Tageszeitung in Deutschland. „Das hat was mit eigenen Fehlern zu tun - die Gründung einer Genossenschaft war für uns etwas Neues -, aber auch mit den enormen Preissteigerungen der letzten zwei Jahre auf fast allen Gebieten“, heißt es im „ndDerTag“ vom Montag, 26. Juni 2023.

Ich bin davon überzeugt, dass es gerade in der jetzigen Zeit von Wichtigkeit ist, dass es eine linke Tageszeitung gibt, die linke Standpunkte und Politik öffentlich macht, erläutert und diskutiert. Und das in ganz Deutschland!

Ich bitte alle: Prüft, wie ihr nd unterstützen könnt! Unterstützt linken Journalismus und rettet so ganz nebenbei noch die nd.Genossenschaft.: <https://www.nd-aktuell.de/abo/>

### Christian Friedrich

Ortsverband Stollberg und Umgebung



### In Verantwortung und Solidarität für unsere Partei DIE LINKE

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen, wir, die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, der Landesgruppe Sachsen der Linksfraktion im Bundestag und die sächsische Europaabgeordnete, sind alle von Mitgliedern der Partei DIE LINKE. Sachsen nominiert worden. Wir erklären, dass wir im Fall einer Parteineugründung aus dem Umfeld von und mit Sahra Wagenknecht Mitglied der Partei DIE LINKE und der jeweiligen dazugehörigen Fraktion bleiben.

Natürlich ist unsere Partei nicht perfekt – wie im Übrigen andere Parteien auch nicht. Sie ist und bleibt aber unser politisches Zuhause – mit ihrem Pluralismus und unseren unterschiedlichen Herkünften.

Wir kämpfen seit vielen Jahren für den Aufbau und Erhalt einer linken politischen Kraft, die für ein Leben aller in Menschenwürde eintritt. Wer schon einmal in einem Parlamentsausschuss saß, weiß, dass diese Arbeit Sisyphusarbeit ist. Jede und jeder von uns hat, wie alle Mitglieder einer demokratischen politischen Partei, innerparteilich und in der Gesellschaft dabei Niederlagen und Erfolge erlebt. So verschieden wie unsere Motivationen dafür waren und sind, uns in der Partei die LINKE zu engagieren, so verschieden sind die Lebensrealitäten der Menschen, die uns dafür ihre Stimme gegeben haben. Und so verschieden sind auch die Steine, die ihnen in den Weg gelegt werden.

Herausgeber: DIE LINKE Kreisverband Erzgebirge  
V.i.S.d.P. Frank Dittrich  
Spenden für DIE LINKE Erzgebirge oder für die Zeitung mit der Spendenempfehlung von 10 pro Jahr  
Kontoinhaber: DIE LINKE Erzgebirge  
IBAN: DE56 8705 4000 3329 0004 56  
Sitz des Kreisvorstandes  
Kirchstraße 5 08280 Aue- Bad Schlema  
Internet: [www.dielinke-erzgebirge.de](http://www.dielinke-erzgebirge.de)  
Beiträge und Meinungen an [redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de](mailto:redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de)  
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung der Herausgebers übereinstimmen. Leser\*innenbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht. Redaktionsschluss der kommenden Ausgabe ist: 21.07.2023



## Verschiedenes

Diese Steine parlamentarisch und zivilgesellschaftlich für jene aus dem Weg zu räumen, die sie nicht selbst den Berg hinaufrollen können – zudem in einem Freistaat, in dem man sich sehr häufig im Widerspruch zum Zeitgeist befindet – ist die Aufgabe linker Politik: Damit die Stromrechnung bezahlbar bleibt, damit Arbeitnehmer\*innen im Betrieb mehr zu sagen haben, damit der Bus fährt, damit Einkommen der Eltern, Bildungsgrad, Hautfarbe, Geschlecht, sexuelle Orientierung oder der Pass nicht über die Möglichkeit für ein gelingendes Leben entscheiden, damit der Lohnzettel und der Rentenbescheid stimmen, damit Faschisten nicht unseren Rechtsstaat aushöhlen und wir auch in Zukunft noch ein intaktes Klimasystem haben. Damit es eine politische Kraft gibt, die gegen die traurige Einsamkeit des Marktes die einzig belastbare Alternative ins Feld führt: Solidarität. Das ist kein Alleinstellungsmerkmal von uns. In den Kreistagen, den Basisorganisationen, von den Landesarbeitsgemeinschaften über die Mitarbeiter\*innen in unseren Büros und Geschäftsstellen bis zu den „einfachen“ Mitgliedern, denen wir es als Partei in den letzten Monaten nicht immer einfach gemacht haben, ist das nicht nur der Kit, der uns zusammenhält, sondern die Aufgabe, die uns in unseren gemeinsamen Interessen und unseren Werten eint. Die Richtschnur jedes und jeder Abgeordneten sind die demokratischen Beschlüsse unserer Partei. Dazu in Einzelfragen abweichende persönliche Meinungen zu formulieren ist legitim. Mit Ressourcen und Kapazitäten der Partei gegen die eigene Partei zu arbeiten, ist nicht legitim! Das einzelne Mitglieder und Mandatsträger\*innen unserer Partei diesen Minimalkonsens aufbrechen und eine mit uns in kommenden Wahlen konkurrierende Partei gründen wollen, ist ihr Recht in einem demokratischen Staat. Es ist aber im Angesicht einer ernstzunehmenden faschistischen Gefahr und der notwendigen Umstellung unserer Produktion auf das, was unser Planet noch aushält, der falsche Weg. Es gibt mit der Partei die LINKE eine politische Kraft, die für soziale Gerechtigkeit, Frieden und die konsequente Verteidigung der Demokratie eintritt. Dafür, dass diese politische Kraft auch in Zukunft erfolgreich ist, werden wir weiterhin arbeiten.

Diesen Brief unterstützen die 14 Mitglieder der Linksfraktion Sachsen, die vier sächsischen Bundestagsabgeordneten und die sächsische Europaabgeordnete.



Seit ein paar Wochen dominiert ein neues Thema die politische Bühne Deutschlands: die Wärmewende. Als Habeck verkündete, ab 2024 keine Gas- und Ölheizungen mehr zu verbauen, hat unsere Partei diesen Schritt zwar gelobt, gleichzeitig aber auch Kritik geäußert. Der Gebäudesektor ist wie viele andere Sektoren essenziell für den Klimaschutz. Allerdings fehlt hier eindeutig ein Plan, wie die finanziellen Herausforderungen einer solchen Wärmewende bewältigt werden können, ohne die Verbraucherinnen und Verbraucher noch mehr zu belasten, als es die aktuelle Situation ohnehin schon tut. Vor kurzem haben wir deswegen ein Sofortpaket mit fünf Maßnahmen zur sozialen und gerechten Umsetzung der Wärmewende vorgestellt. Zu unseren vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen gehört unter anderem die Abschaffung der Modernisierungumlage. Darüber ist sich die Partei schon seit Jahren einig, da viele Vermieter für diese Maßnahmen ohnehin schon eine Förderung vom Bund erhalten und trotzdem den Mietern noch eine Rechnung über entstandene Kosten ausstellen. Auch soll das Förderprogramm zur Kostenübernahme des Heizungstausches so gestaffelt sein, dass niedrige Einkommensgruppen entlastet werden, während die höchsten Einkommensklassen sowie Immobilienkonzerne den Tausch mit ihren eigenen, zur Genüge vorhandenen finanziellen Mitteln bewerkstelligen sollen. Ebenfalls essenziell für ein erfolgreiches Gelingen der Wärmewende sind kommunal geplante Wärmenetze in öffentlicher Hand.

Solange wir dies den Privatanbietern im Wärmesektor überlassen, werden diese weiterhin Gewinne einfahren und die Kunden müssen für sich selbst planen. Dies verhindert gemeinschaftliche Lösungen, die jedoch für den Klimaschutz notwendig sind.

Zum weiteren Gelingen braucht es außerdem Fachpersonal, was aufgrund des aktuellen Handwerker mangels eine Herausforderung darstellt. Hier könnte eine Ausbildungsoffensive Abhilfe schaffen, die sowohl Weiterbildungen für die entsprechenden Handwerksbereiche als auch neue Ausbildungen in diesem Bereich vermittelt. Auch sollten den Handwerkern allgemeinverbindliche Tarifverträge ausgestellt werden, wodurch die Arbeitnehmer finanziell abgesichert sind und von ihrer Arbeit tatsächlich leben können.

Zu guter Letzt erfordert die Wärmewende massive Investitionen. Die nötigen Mittel könnten zum Beispiel durch eine Deckelung der erwirtschafteten Gewinne oder einer Vermögenssteuer abgedeckt werden, weswegen DIE LINKE auch hier die Umverteilung des Reichtums fordert.

Es bleibt dabei: Der Klimaschutz ist untrennbar mit sozialer Politik verbunden - und dafür setzen wir uns ein!“

### Sören Pellmann

Mitglied des Bundestags

